

# BESCHLUSS

---

## der Bundesdelegiertenkonferenz der Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. am 14. November 2009 in Nürnberg

---

### Lehren aus Opel

#### 1. Der Liberale Mittelstand stellt fest:

Die Bemühungen der alten Bundesregierung sowie der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen, mit Bürgschaften, Krediten und direkten staatlicher Interventionen zu erreichen, dass die inländischen Opel-Standorte erhalten bleiben, GM als Mehrheitsgesellschafter ausscheidet und eine bestimmte Investorengruppe bei der Neustrukturierung der Gesellschafterverhältnisse den Vorzug erhält, waren weder ordnungspolitisch vertretbar, noch rational zu rechtfertigen oder auf Dauer zielführend.

#### 2. Der Liberale Mittelstand fordert:

- eine Rückbesinnung der Wirtschaftspolitik auf das gesellschaftspolitische Prinzip der Freiheit und das ordnungspolitische Prinzip der sozialen Marktwirtschaft.
- staatliche Förderung von Mittelstand, Innovation und freiem Wettbewerb statt strukturkonservierender Subventionen und Interventionen.
- eine Abkehr von der Übernahme unternehmerischer Risiken durch den Staat, statt einer Sozialisierung von privatwirtschaftlichen Verlusten.
- die Konzentration staatlicher Tätigkeiten auf den hoheitlichen Kernbereich statt fragwürdiger „Industriepolitik“ und einer auf Dauer anaeleaten Rolle staatlicher Ebenen als Unternehmer,

die überdies mit dem Stimmzettel nicht legitimiert werden kann.  
- Eine Umsetzung der hier zuvor genannten Punkte durch die neue schwarz-gelbe Bundesregierung.